

Von Dr. Christoph Luchsinger, +41 76 392 03 20, luchs@schatten-kabinett.ch

- alt Gemeinderat Stadt Zürich für die Kreise 1 & 2 und Direktor www.schatten-kabinett.ch
- Universitätsdozent Mathematik
- Kleinunternehmer: Gründer www.acad.jobs : akademische Stellen weltweit – und die besten Jobs in der Privatwirtschaft

Artikel auf www.schatten-kabinett.ch sind keine Einführungen in ein Thema, sondern Memos und Checklisten für Praktiker.

Wie man (aus liberaler Sicht) eine Vorlage analysiert: «Dokument 29»

Ende jeden Jahres lesen oder wenn man eine wichtige Vorlage analysieren muss.

Unten hat es zum Teil Doppelspurigkeiten. Das hat auch Vorteile: die einen Leser können mit der einen Formulierung mehr anfangen als mit einer fast gleichbedeutenden.

Einordnung im politisch-parlamentarischen Prozess

1. Optimal erfahren wir von einer Vorlage *vor* einer allfällige Pressekonferenz der Regierung -> Aktion starten (selber etwas einreichen / Presse)?
2. Ist es wirklich ein Problem; muss man es (staatlich) lösen? Zum Beispiel:
 - a. «Überalterung» ist kein Problem – falsch konstruierte Sozialwerke schon
 - b. Die Endlichkeit fossiler Energieträger ist kein Problem – der CO₂-Ausstoss schon
3. Muss das Thema der Vorlage *jetzt* behandelt werden? Warum dringend (warum nicht vorher gekommen)? Hidden Agenda (gibt es Hintergründe zum Zeitpunkt, die wir nicht kennen)? Zielen unsere Gegner im Fall einer Volksabstimmung auf eine gleichzeitig stattfindende, eidgenössische Volksabstimmung, bei der unsere Gegner eher an die Urnen gehen? Wenn man es nicht verhindern kann – kann man die Einführung verzögern (ev gibt es einen Mehrheitswechsel)?
4. Sunset Legislation anstreben (Endtermin festgelegt, ausser Gesetzgeber Verlängerung erneut (mit qualifiziertem Mehr) beschliesst).
5. Wir wollen lieber Kompetenz bei Legislative statt Exekutive! Exekutive soll wenig Spielraum haben (mit bewussten, begründeten Ausnahmen). Aber auch: Stimmt die Flughöhe (keine kleinliche Einmischung in Verwaltungsdetailfragen)?
6. Ist diese Stufe (Gemeinde, Kanton, Bund) überhaupt rechtlich/verfassungsmässig zuständig?
7. Welche Parteien, Verbände, Interessengruppen sind dafür, welche dagegen? Das *kann* Hinweise auf weitere Punkte liefern.

Stimmen die Fakten, funktioniert vorgeschlagene Lösung, Alternative?

8. Kann man den Aussagen der Verwaltung trauen, wurden Sachen weggelassen? Kritisch hinterfragen.
9. Kommen Resultate aus „wissenschaftlichen Untersuchungen“ vor?
 - a. Wie sicher sind diese Erkenntnisse, wie schnell überholt?
 - b. War eine Studie sinnvoll/nötig?
 - c. Wurden öffentliche Daten benutzt? Ist es sinnvoll, diese Daten zu erheben (kostet auch Geld). Falls absehbar ist, dass die Linken darauf basierend Forderungen stellen werden (v.a. Sozialindikatoren): nein; im Zweifelsfall: nein. Wenn die Daten nicht da sind, können sie nicht analysiert werden.
 - d. «Fehlerquellen» sind: Stichprobe zu klein, nicht von den USA auf die Schweiz übertragbar (Ort), seit 1995 haben wir neu Internet (Zeit), simple Rechenfehler, tendenziöse Graphiken, Korrelationen ohne *Kausalzusammenhang*, methodische Fehler, Interpretationsfehler, zentral wichtige erklärende Faktoren wurden «vergessen»
10. Funktioniert vorgeschlagene Lösung überhaupt?
11. Setzt vorgeschlagene Lösung bei den Symptomen oder bei den Ursachen an?
12. Bei Gebäuden/Örtlichkeiten: Augenschein vor Ort und Gespräch mit Anwohnern!
13. Ist es sinnvoll, mit Gemeinwesen der gleichen Stufe zusammen eine Lösung zu erarbeiten?
14. Wenn Zahlen vorkommen:
 - a. warum nicht mehr/weniger?
 - b. Oder Minimum/Maximum von 2 Zahlen, wenn zukünftige Entwicklung unsicher

15. Hat es eine Positivliste zu etwas; warum nicht eine Negativliste (oder umgekehrt). Dazu Formulierungen wie: «Mindestens/höchstens 2 von 5 Kriterien erfüllt.»
16. Passen vorgeschlagene Mittel zur deklarierten Zielerreichung? Optimal gilt weiter:
 - a. Mehrere Ziele mit einem Mittel erreichen/anvisieren tönt clever, ist aber im Zeitablauf *beim Staat* höchst problematisch, weil sich die Ziele ändern, aber die Mittel bei staatlichen Aktionen (im Gegensatz zur Privatwirtschaft) fortgesetzt werden.
 - b. Ebenso nicht mehrere Mittel pro Ziel: man weiss dann nicht mehr, welches Mittel wirklich gewirkt hat.
 - c. -> grundsätzlich «Pro Ziel ein Mittel» (das effektivste Mittel).

Ordnungspolitik, Wettbewerbspolitik, Non-Zentralismus

17. Antworten provozierende Fragekaskade bei Staatseingriffen:
 - a. Ist dies *immer noch* notwendig?
 - b. Wenn ja, sollte es noch immer von der (Zentral-)Regierung durchgeführt werden?
 - c. Wenn ja, sollte es durch den Steuerzahler oder durch die Benützer bezahlt werden?
18. Kann sich der Wettbewerb voll entfalten in die Richtungen:
 - a. Stimulierung der Involvierten zu Leistung (falls man Wohlstand als wichtig erachtet)
 - b. Steuerung und Ordnung des Wirtschaftsprozesses (statisch)?
 - c. Such- und Entdeckungsverfahren für neue, bessere Lösungen (dynamisch)?
19. Grundsatzfrage: Wer entscheidet, was produziert wird und wie wird es danach verteilt?
20. Hayek: Konsumenten haben Vorrang vor den Produzenten, Produzenten vor den Bürokraten, Individuum vor dem Staat, konkrete Mensch hier und jetzt vor der abstrakten Idee der künftigen Menschheit.
21. Selbstbestimmung hat vor Mitbestimmung Vorrang.
22. Werden Preise administriert? Preise haben nicht nur sozialpolitische Auswirkungen. Preise haben jenseits der Sozialpolitik wichtige Signal-, Anreiz- und Steuerungsfunktionen und koordinieren damit die Wirtschaftssubjekte. Werden Preise ausser Kraft gesetzt und administrativ festgesetzt, führt das zu Problemen.
23. Probleme optimal privat lösen. Sonst Gemeinde; sonst Kanton; sonst Bund (Subsidiaritätsprinzip: auf der tiefstmöglichen Stufe lösen; erst wenn untere Stufe nicht mehr befriedigend lösen kann weiter oben). Das ist leider schwammig; im Zweifel tiefer. Weiter muss die Kompetenz für die Aufgabe und Finanzierung grundsätzlich auf der gleichen Ebene angesiedelt sein. Schauen Sie auch, was für Leute für die Zentralisierung sind. Siehe auch www.schatten-kabinett.ch/64.
24. Wenn Machtfragen relevant: bekommt/hat jemand (viel mehr) Macht? Gibt es Gegengewichte und Kontrollen («Macht korrumpiert – absolute Macht korrumpiert absolut»).
25. Für das Experimentieren und gegen den Machbarkeitsglauben.
26. Für generelle Richtlinien und gegen spezifische Einzelanordnungen.
27. Für konsequente Verantwortlichkeit und gegen Rettungsschirme aller Art.
28. Wird der Wettbewerb/Marktzugang eingeschränkt?
29. Wie steht es mit der «Vielfalt» der Lösungsansätze vor und nach Annahme der Vorlage? Das ist für Liberale meist gut: wenn es zum Beispiel viele verschiedene Lösungen von besprochenen Problemen auf dezentraler Ebene gibt, ist das bürgernah und kundenorientiert: es gibt Bürger/Kunden, die wollen, dass es nach Hause geliefert wird, das sie es selber machen können, das sie es abholen können; in diesem Dorf wird es so gemacht, in einem anderen Dorf anders. Je komplexer eine Lage beschrieben wird, desto klarer ist, dass man wegen der Komplexität (die Bürgerwünsche entspricht), keine Einheitslösung aufzwingen sollte/kann. Vielfalt der bereits bestehenden Lösungen als Bannwald gegen Zentralisierung/Regulierung.
30. Ebenfalls gegen Zentralisierung wirkt folgende Analyse, folgendes Argument: bei dezentralen und damit verschiedenen Lösungen werden verschiedene Lösungen ausprobiert und damit machen auch nicht alle die gleichen Fehler, mehr noch: man kann Fehler überhaupt erst sicher durch Vergleich erkennen! Das sind gleich 2 Punkte:
 - a. Vergleiche werden möglich
 - b. Das gesamte System wird stabiler, weil nicht alle die gleichen Fehler machen (Idee eines vielfältigen Biotops statt Monokultur)

Damit sind Lernprozesse erst möglich, auch dort, wo man kollektive Entscheide (möglichst auf tiefer staatlicher Ebene) trifft. Unabhängig davon kann man mit dezentralen Lösungen auch lokale Eigenheiten berücksichtigen (ohne dass andere Einheiten von diesen Lösungen lernen könnten).
31. Wenn mit einer Vorlage der Wettbewerb gefördert werden soll und/oder gegen Monopole vorgegangen werden soll; Kernfrage nach Rothbard: «Warum können andere Unternehmen die gewinnbringende

Möglichkeit nicht nutzen und in die Produktion dieses Gutes einsteigen, wobei sie die Möglichkeit eines Monopolpreises eliminieren?». Dort muss man dann richtigerweise ansetzen! Angriffspunkte sind dann

- a. Vorlage macht es noch schlimmer (ist meist richtig).
- b. Weil vor allem KMU allgemein behindert werden, gibt es allgemein weniger Wettbewerb. Mehr dazu auf www.schatten-kabinett.ch/111.
- c. Die konkreten Hindernisse des Markteintritts von anderen Unternehmen benennen (zB unnötige Bewilligungen).

Hier noch ein Übersichtsartikel zu Wettbewerb: www.schatten-kabinett.ch/129.

Staat als Unternehmer, Arbeitgeber, Auftraggeber («wo wir ihn alles eigentlich nicht haben wollen»)

32. Staat soll nicht mit eigenen Unternehmen und Organisationen als Leistungserbringer auftreten, selbst wenn etwas staatlich finanziert/ermöglicht wird (Gesundheitswesen).
 - a. Vorsicht wegen Interessenkonflikten: Staat als Eigentümer, Leistungsbesteller und -erbringer, Regulator und Aufsichtsinstanz
 - b. Dehnt sich ein Staatsbetrieb mit Gewinnen aus einem Monopol eines Geschäftszweiges mit Dumpingpreisen in andere Branchen aus?
 - c. Mehr auf www.schatten-kabinett.ch/113, www.schatten-kabinett.ch/114, www.schatten-kabinett.ch/150
 - d. Schlagwort: statt «service public» lieber «service au public»
33. Wenn Staat (auch) als Unternehmer auftritt:
 - a. gleiche Spiesse wie Private (keine Steuerbefreiungen und andere Ausnahmeregelungen; Schauen, dass sie nur zu marktüblichen Konditionen Kapital für ihre privatwirtschaftlichen Vorhaben erhalten)
 - b. extrem eng definierter, zeitlich befristeter Leistungsauftrag
 - c. strikt nicht zulassen, dass Staatsunternehmen in vor- und nachgelagerte und verwandte Gebiete hinein expandiert, obschon das im Einzelfall sehr sinnvoll scheint - uferlos.
34. Bei Anstellungsbedingungen:
 - a. Wie sind vergleichbare Jobs in der Privatwirtschaft (oder anderen staatlichen Ebenen) entlohnt (incl Fringe Benefits, Feier- und Freitage, Ferien)
 - b. Staatsangestellte haben de facto Kündigungsschutz
 - c. Begrenzung FTE (Achtung: Umgehung durch Vergabe von Aufträgen)
 - d. «gute Arbeitsbedingungen JA, aber keine weiteren FTE, optimal weniger»
 - e. Zum Teuerungsausgleich: www.schatten-kabinett.ch/57
35. Outsourcing (in billiges Ausland), auch bei Dienstleistungen.
36. Bei Aufträgen an Private:
 - a. Ist es wirklich ein privates Unternehmen oder geht der Auftrag an Firmen, an denen der Staat beteiligt ist?
 - b. Salamischeibenprinzip zur Umgehung des öffentlichen Submissionswesens durch zeitliche Streckung der Ausgaben -> zu teure Beschaffung
 - c. In Ausschreibung Vollkostenrechnungen & Lebenszykluskosten verlangen/beachten
 - d. Wurde bei Vergaben gesteuert? 3 Methoden
 - i. Anforderungen vage -> Offerten können kaum verglichen werden
 - ii. Anforderungen so hoch, dass sie niemand erfüllen kann -> Willkür bei der Frage, was man jetzt wieder an Anforderungen raus nimmt
 - iii. Anforderungen auf 1 Lieferanten zuschneiden

Regulierung, Freiheitsbeschränkung

37. Wird Demokratie/Kollektiventscheid statt Freiheit/Individualentscheid angestrebt (Demokratie ist weder Ziel noch gut; sondern Mittel im Interessenausgleich; Ziel ist die Freiheit. Demokratie und Liberalismus ist eine Vernunftfehe!).
38. «Der Glaube, dass keine Regierung eine Willkürherrschaft sein kann, wenn sie nur ein Produkt des demokratischen Wahlverfahrens ist, ist ganz unbegründet und die darin liegende Gegenüberstellung vollkommen falsch: nicht der Ursprung, sondern die *Begrenzung der Regierungsgewalt bewahrt vor Willkür*» — F.A. von Hayek, "Der Weg zur Knechtschaft"
39. Benjamin Constant: «(Ich habe während vierzig Jahren das selbe Prinzip verteidigt:) die Freiheit in allem, in der Religion, in der Literatur, in der Wirtschaft, in der Politik; und unter Freiheit verstehe ich den Triumph der Individualität sowohl über die Autorität, die durch die Despotie herrschen möchte, als auch über die Massen, die das Recht fordern, die Minderheit der Mehrheit zu unterjochen.»

40. Wird Freiheit, Spielraum, Selbstverantwortung der Bürger, Eigentümer, Unternehmer (inkl freie Kulturschaffende), Konsumenten, Steuerzahler, nichtsubventionierten wohltätigen Organisationen eingeengt? Es geht um Freiheit des Individuums, nicht Freiheit des Staates oder einer Behörde!
41. Bürokratie- / KMU-Folgenabschätzung?
42. Vorsicht vor „Wolf im Schafspelz“ und: „wehret den Anfängen“ bei schleichender Freiheitsberaubung:
 - a. Weder fördern, noch behindern, sondern FREI!
 - b. Verboten – besteuert – frei – gefördert – vorgeschrieben: Liberal als Mitteposition; «Und wenn es noch nicht verboten ist, so wird es heute noch subventioniert», «kaputtfordern»
 - c. Der heilige Gradient geht im Zeitablauf folgendermassen (der Weg ist dann):
 - i. Pflicht: Veganes Essen *auch* anbieten
 - ii. Veganes Essen subventionieren
 - iii. Nicht-veganes Essen besteuern
 - iv. Nicht-veganes Essen verbieten
43. Im Zweifel gegen neue Auflagen. Wenn der Nutzen nicht hoch ist, besser nichts machen.
44. Durch Zentralisierung/Regulierung/Staatsinterventionen werden Lernprozesse in der Gesellschaft unterbunden (Hayek: Markt als Such- und Entdeckungsverfahren); Privatpersonen und Unternehmen können nicht mehr individuell zugeschnittene Lösungen anstreben sondern müssen die staatlich vorgeschriebene Lösung wählen (Lebensformen; soziale Sicherheit; Kindererziehung; Arbeitswelt; Wohnformen...).
45. Wenn es in einem Gebiet neue oder mehr Regulierung braucht:
 - a. kann man gleichzeitig eine Kompensation fordern, dahingehend, dass an anderen (verwandten) Orten gleichzeitig Regulierung beseitigt wird? Sogar «one in, two out»!
 - b. Wie viele sind von der Regulierung betroffen (Breite)?
 - c. Wie stark sind diese betroffen (Tiefe)?
 - d. Wie willkürlich? Rechtsweg realistischerweise möglich?
46. Für den gesunden Menschenverstand und gegen sogenannte Experten.
47. Werden Menschenrechte der ersten Generation verletzt; siehe dazu www.schatten-kabinett.ch/41 ? Meistens -> in Debatte einsetzen
48. Sind Weltverbesserer am Werk, welche von oben die Gesellschaft ändern möchten? Auch wenn man viele Ziele teilt: Änderungen sollten immer von unten frei entstehen und nicht durch Zwang von oben. Das zweite funktioniert nur äusserst selten nachhaltig. Es gibt «Das Menschenrecht, vom Staat in Ruhe gelassen zu werden».
49. Was ist die Motivation von denjenigen Leuten und ihrer Unterstützer, die Freiheit anderer beschränken wollen: wollen sie wirklich wie deklariert die Situation verbessern (Umwelt, Armut) oder wollen sie anderer Leute Freiheit einschränken?

Finanzpolitik

50. Hat Aufschieben, Strecken oder zögerliche Behandlung im Parlament Sparwirkung (auch einmalige Einsparung ist willkommen)? Wenn unausweichlich, machen Sie die Zustimmung von einer möglichst späten Inkraftsetzung oder Zugeständnissen in anderen Bereichen abhängig. Hingegen: keine Budgetkosmetik, da dies Spardruck reduziert.
51. Wenn Prozepte vorkommen in der Form von Steuerprozenten, Abgaben, Zöllen oder zB Anteil von Sozialwohnungen: machen Sie sich keine Illusionen: in Demokratien (im Gegensatz zu privaten, freiwilligen Vereinbarungen) tendieren solche Systeme im Verlauf der Zeit gegen oben (gegen 100 %), in Richtung Unfreiheit, Zentralisierung, mehr Umverteilung, mehr Staat. Verhindern Sie solche Sachen also gleich von Beginn an konsequent.
52. In die gleiche Kategorie gehören Ansätze von kollektivem Zwangssparen/gemeinsamem Vermögen mit staatlichen Zwangsvorgaben: trotz guten Absichten findet irgendwann offen oder versteckt eine Zweckentfremdung und konsumptive Umnutzung zugunsten gutorganisierter Kreise statt (BVG, angedachte Pflegeversicherung, Devisenreserven der Notenbank).
53. Wenn Organisationen/Gruppen/Personen Geld wollen:
 - a. Brauchen sie das zusätzliche Geld wirklich (Reserven)? Können sie es nicht selber finanzieren/aufreiben?
 - b. Strengen sie sich genug an? Hier gibt es das absolute Spitzenangebot, wenn Sie als Finanzminister von solchen Leuten angegangen werden: «Ja, können wir gerne anschauen. Haben Sie morgen um fünf Uhr Zeit, bei mir im Büro?» - «Um fünf Uhr nachmittags? Ja, gerne.» - «Nein, ich meinte um fünf Uhr morgens!»
 - c. Liegt eigenes Verschulden der Bittsteller vor?
54. Budget- und Schuldenbremsen; allenfalls Staatsquotenbremsen auf allen staatlichen Ebenen.

55. Achten Sie auf Gefahren beim Teuerungsausgleich: www.schatten-kabinett.ch/57
56. Wenn man eine aus liberaler Sicht unnötige Ausgabe nicht verhindern kann:
- Kultur: ist es wenigstens gut und zugunster der ganzen Bevölkerung (und nicht nur der Künstler die niemand versteht)?
 - Sozial: kommt es wenigstens den Bedürftigen zu Gute (und nicht nur den Sozialarbeitern, Gewerkschaftern, linken Politikern und Mitglieder von Mieterverbänden)?
 - Wirtschaft: wird es dann wenigstens gut und effizient eingesetzt (und nicht einfach zugunsten von mafiösen Gruppierungen, korrekterweise sehr breit gefasst)?
 - Fordern Sie Zugeständnisse in anderen Bereichen.
Man kann sonst schön sagen: «Hier wird das Unwirksame mit dem Teuren verbunden».
57. Wie viel Geldmittel wollen wir dafür aufwenden?
- Zeitliche Befristung?
 - Sicherungen einbauen Richtung Kürzung, wenn wir Budgetdefizite oder gar Bilanzfehlbeträge haben
 - Sunset-Legislation bei Finanzen
 - Kann man Ausgaben reduzieren? Ja, man kann immer weniger ausgeben! Varianten bitte. Thematisieren Sie, dass im Alltag das Wort «sparen» erst dann benutzt werden darf, wenn man keine Schulden hat und einen Überschuss macht! Also von «sparen» sollte in der Politik normalerweise sowieso nie die Rede sein.
 - Kann man allenfalls aufwandsproportionale Subventionen («30 % der Kosten») durch Normkostenbeiträge («3000 CHF pro Blinddarm») ersetzen?

Sozialpolitik

58. Subjekt- statt Objekthilfe; innerhalb der Subjekthilfe: optimal Final- statt Kausalprinzip.
59. Für die Familie und gegen staatliche Ersatzmütter und -väter.
60. Umverteilung/Staatseingriff: wirkt er zugunsten der Armen oder gibt er nur Macht der (linken) Verwaltung und Jobs für die (linken) Sozialarbeiter/Beratungs- und Hilfsindustrie
61. Gleichheit vor dem Gesetz JA, aber klar Zulassen von Ungleichheiten, die eine Folge von Talent, Ehrgeiz, Arbeitsleistung, Erfindungsgabe, Fantasie und Bildung sind.
62. Geht es Richtung
- ergebnisgerecht (links und sehr naiv), lieber b:
 - Chancengleichheit (besser, aber immer noch naiv und vor allem wertend (Ziel zB gleiche Chance auf Hochschule)), lieber c:
 - Regelgerecht und Chancenvielfalt (= frei, nicht wertend)
 - Mehr dazu auf www.schatten-kabinett.ch/30

Bewusst am Schluss: bei aller Überzeugung: kann man es auch verkaufen? Können wir das so vertreten? Ball tief halten? Wir müssen nur 25 % der Leute überzeugen! Nach Marion Gräfin von Dönhoff: ermitteln und dann vermitteln, wo die Grenze verläuft:

zwischen Pragmatismus und Opportunismus,
zwischen Freiheit und Autorität,
zwischen Interessen und Idealen,
zwischen Bewahren und Verwandeln.